Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 19 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 13. Januar

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Schlenke, Halle-Saale

Friedensnot und Streiks ohne Ende

Neueste Tagesnachrichten

* Die preußische Staatsregierung nimmt in einem Aufruf Abschied von den aus Preußen ausscheidenden Staatsbürgern.

* Die Regierungspräsidenten von Westpreußen und Posen haben Abschiedskundgebungen erlassen.

* Sonnabend traf in Danzig ein Vorkommando polnischer Offiziere ein, gestern nachmittag die polnische Militärkommission, um mit der hiesigen Befehlsstelle über die Räumung Westpreußens zu unterhandeln. Ueber die Räumung Danzigs wird nicht mit den Polen, sondern mit der Entente verhandelt.

* Die Nationalversammlung nimmt morgen wieder ihre Tätigkeit auf. Es soll in der Lesung des Betriebsrätegesetzes fortgefahren werden.

* Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland maßgebend sind.

* England, Frankreich und Italien haben die neuen Geschäftsträger für Berlin ernannt.

* Wie der baltische Pressedienst meldet, werden die aus Rußland zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen von den Letten im Lager Wolzar zurückgehalten und unwürdig behandelt.

Staatsbankerott und Wiederaufbau

In der gestrigen Ausgabe der „Saalezeitung" beschäftigt sich ein mit th. unterzeichneter Artikel, hinter dem wir den demokratischen Parteisekretär J. Dornblüth vermuten, mit dem Vortrage von Richard Kunze über den Staatsbankerott. Wenn der Artikel aus dem Vortrage folgern zu können glaubt, daß die Deutschnationalen den Zusammenbruch wollen, so greift er mit seinem Urteil gründlich daneben. Genau so abwegig sind auch die Behauptungen des demokratischen Vereins in Halle, die sie an den Anschlagsäulen propagieren, daß die Deutschnationalen durch den Vortrag Kunze gezeigt hätten, was sie tun würden, wenn sie zur Regierung kämen: nämlich niederzureißen und ein allgemeines Chaos zu schaffen. Der „Saalezeitungs"-Artikel sowohl wie die Parteileitung der Hallschen Demokraten gehen aber an dem Kern des Kunzeschen Vortrages vorüber, was psychologisch begreiflich ist. Denn Kunze sprach Wahrheiten aus, die man in jenen Kreisen als Ausgeburt von Ketzerei betrachtet, und über die man wohl weidlich schimpft, die man aber den breiten Massen unseres Volkes ängstlich verheimlicht. Die Quintessenz des Kunzeschen Vortrages war die Forderung nach Befreiung des deutschen Volkes aus den Fesseln des internationalen Kapitalismus. Diese Befreiung ist die Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres Staates. Daß diese Befreiung nur für eine dünne Oberschicht gefährlich ist, für die breiten Massen aber, etwa 99 Prozent der Bevölkerung, nur Schäden bringt, die zwar — infolge demokratischer Agitation — im Augenblick ungeheuerlich erscheinen, in Wirklichkeit aber eine Erlösung bedeuten würden, wird von demokratischer Seite wohlweislich verschwiegen. Wie der Wiederaufbau unseres Staates aussieht, für den die Deutschnationale Volkspartei arbeitet, das hat ihr Vorsitzender, Staatsminister a. D. Herght, in seinem bekannten „Ordnungsprogramm" ausführlich dargelegt. Das beabsichtigt auch der Hallesche Deutschnationale Volksverein durch die Vortragsreihe „Deutscher Morgen" weiteren Kreisen zur Kenntniß zu bringen. Wenn die Parteileitung der Hallschen Demokraten und die Vertreter ihrer Preßorgane den ersten in diesem Zyklus gehaltenen Vortrag von Dr. Schiele über Sozialpolitik am vergangenen Sonntag gehört hätten — und bona fide handelten —, dann würden sie ihre irrigen Behauptungen über das deutschnationale Wiederaufbau-Programm ungesäumt korrigieren und künftighin von Verleumdungen absehen.

Wenn Herr „th" meint, daß durch die deutschnationale Arbeit „die verhaßte Demokratie beseitigt" werden soll, so kann man ihm hierin nicht widersprechen. Angesichts der Errungenschaften dieser Demokratie (Verständigungsfrieden, Völkerbund, Revolution usw.) dürfte der Appell für die Erhaltung der Demokratie nur noch geringe Werbekraft im Volke besitzen. Sachlich unrichtig ist es auch, von „patriotischem Getue von Kunze & Co." zu sprechen, mit innerer Berechtigung dagegen könnte der terminus technicus gepragt werden „internationale Machenschaften von, sagen wir: Dornblüth & Co."

Herr „th" schließt seinen Artikel mit den Worten: „Von Zeit zu Zeit hör' ich den Alten gern", die auf Herrn Kunze gemünzt werden. Wir sind der Ansicht, daß Herr „th" diese Worte nicht gebraucht haben würde, wenn er gewußt hätte, woher sie stammen, wer sie spricht und an wen sie gerichtet sind. Herr „th" wollte sie in witzelndem Sinne anwenden, in Wirklichkeit aber enthalten sie, aus seinem Munde kommend, eine tiefe und ernste Wahrheit. Der teuflische Internationalismus macht sich „von Zeit zu Zeit" über den nationalen Gedanken, über das, was dem deutschen Volke heilig ist, in frivoler Weise lustig. Herr „th" hatte beim Zitieren dieses Mephisto-Wortes aber wohl instinktiv das richtige Gefühl dafür, wofür er und seinesgleichen im deutschen Volke gehalten werden.

*

Die „Hallische Allgemeine Zeitung", die seit dem 1. Januar als Organ der „Deutschen Volkspartei" arbeitet, leitet ihren Bericht über den Vortrag von Dr. Schiele mit den Worten ein: „Eine weniger zahlreiche Zuhörerschaft als vor 8 Tagen bei dem populären „Knüppel-Kunze" nahm unter reichlichem Beifall und Bravorufen als Quintessenz ungefähr folgende deutsche Sonntagspredigt zum reiflichen Nachdenken auf den Heimweg mit."

Geschäftsträger für Berlin

Berlin, 12. Januar.

Zu Geschäftsträgern in Berlin sind ernannt seitens Englands Lord Tilmanrk, seitens Frankreichs De Marcilly, früher Generalkonsul in Genua, seitens Italiens Graf Albrovandi di Marescotti. Die Beglaubigungsschreiben sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt. Jedoch ist die Ernennung in Kürze zu erwarten.

Neue Forderungen der Eisenbahner — Vor dem Generalstreik in Leipzig

Verschärfung der Streiklage im Westen

Die Kommunisten an der Arbeit

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 12. Januar.

Heute vormittag fand eine gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts mit der preußischen Regierung statt. In dieser Sitzung wurde die Situation in Westdeutschland eingehend besprochen. Ueber den Verlauf der Sitzung wird größtes Stillschweigen gewahrt. Doch ging, wie die „Nationalzeitung" hört, aus den dem Reichskabinett vorliegenden Berichten aus Westdeutschland unzweifelhaft hervor, daß zahlreiche kommunistische und syndikalistische Elemente, die sich bisher verborgen gehalten hatten, sich wieder an die Oberfläche wagen, und daß sich besonders die Zentralstreikleitung in Elberfeld unter ihren Einfluß befindet. Die Kommunisten entfalten eine lebhafte Tätigkeit, um die jetzigen Teilstreiks zu einem Generalstreik in Deutschland auszudehnen.

Die Streiklage im Westen ist in den letzten Stunden unverändert geblieben. Die Regierung hat, wie der „Lokal-Anzeiger" erfährt, alle Maßnahmen vorbereitet, um mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Verkehr und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die technische Nothilfe ist so umfassend organisiert, daß man mit ihrer Hilfe selbst bei weiterem Umsichgreifen des Streiks den notdürftigen Personen- und Lebensmittelverkehr aufrecht zu erhalten hofft. Nach den neuesten Nachrichten scheint der Aufruf der Regierung an die Eisenbahner seinen Eindruck nicht zu verfehlen.

Vor dem Generalstreik in Leipzig

Leipzig, 12. Januar.

Die militärischen Vorbereitungen für den morgen zu erwartenden Generalstreik in Leipzig sind von außerordentlichem Umfang. Das Generalkommando veranstaltet schon heute vormittag einen Demonstrationszug der Leipziger Truppen durch die Stadt und gegen mittag erschienen an den Plakatsäulen große Plakate, auf denen der Befehlshaber für Westsachsen noch einmal zur Ruhe mahnt und androht, daß alle Demonstrationen und Versuche, eine politische Umwälzung herbeizuführen, militärischerseits rücksichtslos mit Waffengewalt entgegengetreten werden muß. Die Truppen haben Anweisung, in diesem Falle keineswegs erst Schreckschüsse abzugeben, sondern keinerlei Rücksicht zu nehmen. Am Vormittag fand eine Versammlung der Arbeitslosen in der Alberthalle des Kristallpalastes statt, die außerordentlich stark besucht war. In dieser Versammlung wurden Forderungen der Arbeitslosen aufgestellt. Es fanden darauf Demonstrationen ohne Störung vor dem Rathause statt. Die innere Stadt wurde abends von Truppen besetzt.

Essen (Ruhr), 12. Januar.

Die Eisenbahndirektion Essen veröffentlicht eine Aufforderung an sämtliche Eisenbahnbedienstete ihres Bezirkes, wonach diese sich jeder unbefugten Einmischung in den Betrieb und den Verkehr der Eisenbahnen zu enthalten und den Dienst sofort wieder aufzunehmen haben. Wer seine Arbeit nicht spätestens am 14. Januar früh planmäßig wieder aufnimmt, ist zu entlassen.

Hamburg, 12. Januar.

Eine Versammlung der ausständigen Versicherungsangestellten hat fast einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Düsseldorf, 12. Januar.

In der Streiklage ist keine Veränderung eingetreten. Nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers werden die Kabaretts, Kinos, Bars und Konzertlokale gesperrt, da nur unter dieser Bedingung die Streikleitung Kohle liefert. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch die Absperrung der gewerblichen Betriebe vom Strombezug. Dadurch werden über 10000 Arbeiter, die jetzt ohnehin nur sechs Stunden arbeiten, arbeitslos. Milderungen zu erreichen, war nicht möglich.

Beuthen (Oberschl.), 12. Januar.

Im oberschlesischen Eisenbahnerstreik hat sich auf der Station Wensar die Lage etwas gebessert, ebenso in Ratibor. Einige Güterzüge werden wieder abgelassen. In Kattowitz hat die Nothilfe die Tätigkeit begonnen. Der Schnellzugverkehr wird aufrechterhalten, ebenso der Personenverkehr. Auch die Rangierabteilung ist nicht gestört. Der Hauptherd der ganzen Bewegung liegt im Beuthener Bezirk. Versammlungen der Eisenbahner fanden vormittag in Beuthen und Gleiwitz statt.

Berlin, 12. Januar.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell erklärte einem Mitarbeiter des „Acht-Uhr-Abendblattes" über die Eisenbahnerbewegung: Trotz des bewilligten Stundenlohnes von 3 Mark 50 Pfennig seien neue Forderungen aufgestellt worden, insofern als der neue Lohnsatz schon vom 1. Oktober 1919 an gelten soll. Der Ernst der Lage bedrohe unser ganzes Wirtschaftsleben. Die Streikenden würden eine ungeheure Verantwortung auf sich laden, wenn sie weiter in ihrem Ausstand verharrten. Schon jetzt machten sich die Folgen des Ausstandes schwer bemerkbar. Selbst nach Beendigung des Streiks würden die schädigenden Wirkungen noch fühlbarer sein, da die aufgehäuften Vorräte erst allmählich wieder abtransportiert werden könnten. Die Gründe der Eisenbahnerbewegung, sagte der Minister, sind nicht klar. Von den Organisationsleitungen der Eisenbahner in Berlin werden die Streiks nicht gebilligt. Auch dieser Streik wird von kommunistischen Agitatoren für ihre Zwecke ausgenutzt, ohne daß die Streikenden selbst es wissen. Daher haben wohl auch die Organisationsleitungen ihre Leute nicht fest in der Hand.

Der Scheidegruß Preußens

Berlin, 12. Januar.

Das preußische Staatsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

„An die aus Preußen scheidenden Staatsbürger!

Anknüpfend an die Kundgebung, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverbande ausscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Freistaates Preußen noch besonders an ihre von der Abtretung an fremde Staaten betroffenen Mitbürger. Der dem deutschen Volke aufgezwungene Friede von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit anerkannt deutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg Anteil genommen und sie durch sorgsame Verwaltung unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben.

Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst. Das Band der Zusammengehörigkeit des Geistes und des Herzens kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. Wir geloben euch Treue. Haltet sie und pflanzt sie in die Herzen eurer Kinder! Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist euch versagt. Mit der Reichsregierung setzt auch die preußische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für euch das Wort: „Immer daran denken, niemals davon reden!"

Berlin, 12. Januar 1920.

Die preußische Staatsregierung.

Hirsch. Fischbeck. Braun. Haenisch. Heine. Oeser. Dr. Südekum. Stegerwald. Dr. Am Zehnhoff.

Danzig, 12. Januar.

In einer Bekanntmachung des stellvertretenden Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen Förster heißt es u. a.: Die preußische Verwaltung scheidet aus dem verlorengegangenen Lande mit tiefschmerzlichem Gefühle, aber mit dem Bewußtsein, an der Entwicklung der Provinz mit altpreußi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001131-13/fragment/page=0001

scher Pflichttreue mitgewirkt und ihre Spuren hinterlassen zu haben, die dauerhafter sind als politische Grenzen. Das Deutschtum kann und soll hier fortbestehen und sich kraftvoll betätigen. Wie die westpreußischen Deutschen ihr Deutschtum treu bewahren sollen, so will das gesamte deutsche Volk ihm auch die Treue halten.

Bromberg, 12. Januar.

Der Regierungspräsident von Bülow veröffentlicht als stellvertretender Oberpräsident der Provinz Posen eine Bekanntmachung, die unter Hinweis auf den Uebergang der Staatshoheit auf Polen den preußischen Beamten und Lehrern für ihre treue Arbeit in der Ostmark des preußischen Staates dankt. Die Kundgebung schließt mit den besten Wünschen für diese nach anderthalb Jahrhunderte währender preußisch-deutscher Herrschaft wieder abzutretenden Gebiete. In Trauer, aber auch in fester Zuversicht blickt das deutsche Vaterland auf das deutsche Volkstum, das hier zurückbleibt und das deutsche Gesinnung, deutsches Wesen und Empfinden, Fühlen und Denken allezeit zu erhalten wissen wird. Auch das Vaterland bewahrt dem deutschen Volkstum in der Fremde die Treue bis zum letzten Hauch.

Königsberg, 12. Januar.

Der Reichs- und Staatskommissar für das Memelgebiet, Graf Lambsdorff, erläßt eine Bekanntmachung, wonach im Memelgebiet die Souveränität an die alliierten und assoziierten Hauptmächte übergegangen ist. Alle militärischen und zivilen Behörden, Beamten und Dienststellen verwalten ihr Amt nach den bisherigen Gesetzen weiter. Das Memelgebiet ist aus der Zollwirtschaft Deutschlands ausgeschieden. Eine Zollgrenze mit Deutschland wird zunächst nicht eingerichtet. Die russische Zollgrenze bleibt aufrechterhalten.

München, 12. Januar.

Ministerpräsident Hoffmann hat an die pfalzbayerischen Angehörigen des neuen Saarbeckengebietes eine Abschiedskundgebung gerichtet, in der es heißt:

„Nicht nur Abstammung, Sprache und Sitte, sondern auch das Völkerrecht gibt den Saarpfälzern die Befugnis, sich Deutsche zu nennen und sich nach Ablauf der fünfzehn Jahre bei der vertraglich vorgesehenen Volksabstimmung als Deutsche zu bekennen. Wir werden die innigen Beziehungen der Volksgemeinschaft hegen und pflegen und mit Zuversicht auf den Tag hoffen, wir wir unsere Saarpfälzer mit freudigem Stolze wieder als Mitbürger unseres Staates begrüßen dürfen."

Die Bewohner der Kreise Eupen und Malmedy protestieren in einem Aufruf dagegen, daß man bei der Entscheidung über ihr Schicksal nicht nach ihrem Willen gefragt hat und daß das gewählte Verfahren einen Hohn auf die freie Abstimmung darstellt. Die deutsche Regierung hat den gleichen Gesichtspunkt bekanntlich in einer Note betont. In dem Aufruf wird zudem dargetan, daß auch die wallonische Bevölkerung der beiden Kreise von dem Uebergang der Gebiete an Belgien nichts wissen will und alle gegenteiligen Nachrichten als schamlose Lüge brandmarkt.

Der Versöhnungsfrieden im Rheinland

Die „Hohe Alliierte Rheinlandkommission" hat jüngst eine Reihe von Verordnungen erlassen, die tatsächlich das Ende der deutschen Staatsgewalt für das besetzte Rheinland bedeuten. So haben die Verordnungen Geseßeskraft, auch für die deutschen Beamten, bei Gefahr der zeitweiligen oder dauernden Amtsentlassung und Ausweisung, natürlich neben den sonstigen „gesetzlichen" Strafen. Die Rechtswirksamkeit deutscher Gesetze ist dagegen von ihrer Genehmigung durch die Hohe Kommission abhängig. Die Unterstellung der Bevölkerung unter die feindlichen Militärgerichte bleibt im bisherigen Umfang bestehen, nur behält sich die „Hohe Kommission" die beliebige Ausdehnung ihrer Zuständigkeit vor. Auch die Zivilgerichtsbarkeit ist vor keinem Eingriff sicher. Eigene „Gerichte" der Hohen Kommission werden eingesetzt zur Behandlung der den deutschen Gerichten entzogenen Sachen, als Berufungsinstanz für diese mit dem Recht, nicht nur von sich aus Revision anzuordnen, sondern auch eigenmächtig und unanfechtbar das Urteil abzuändern. In dieses Bild paßt vortrefflich hinein, daß die Hohe Kommission sich das Recht zu Eingriffen in schwebende Verfahren jederzeit offen hält.

Soll durch diese ungeheuerliche Form der Gerichtsbarkeit verbunden mit scharfer Pressezensur jedes Eintreten für die deutsche Sache strafwürdig gemacht werden, so sorgt die Ueberwachung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs für gründliche Erfassung jeden Versuchs derartiger Tätigkeit, während sie der eigenen Propaganda Tür und Tor öffnet.

Politische Versammlungen sind anmeldepflichtig, unterliegen der Bewachung und Auflösung, die Strafverfolgung für die Einberufer zur Folge haben kann. Streiks sind verboten.

Natürlich bleibt auch der Gesterfluß, die Grußpflicht gegenüber feindlichen Offizieren und Fahnen für alle Deutschen in Uniform, selbst Feuerwehr, Polizei, Forst- und Steuerbeamte.

Wem durch alle diese Freundlichkeiten noch nicht die Liebe für Frankreich aufgegangen ist, der soll sich ja in Acht nehmen. Denn durch Worte, Gebärden oder Haltung dem Feinde gegenüber, die sich als beleidigend oder unschicklich kennzeichnen, setzt er sich den schwersten Strafen aus. Dabei ist das Ausweisungsrecht völlig unbeschränkt.

Arme Rheinländer! Wir aber wollen bei aller eigenen Not nie vergessen, daß der schöne alte Rhein auf beiden Ufern von Deutschen bewohnt wird, die sehnsüchtig auf die Stunde der Wiedervereinigung mit dem Reiche warten.

Berlin, 12. Januar.

Gegen die Rheinlandsverordnungen der Entente, die außerordentlich weitgehende Beschränkungen für die Bevölkerung enthalten, welche vielfach im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehen, hat, den Abendblättern zufolge, die Reichsregierung Protest erghen lassen, der heute in Paris übergeben wird.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen

Berlin, 12. Januar.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nunmehr sofort beginnen und mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden wird. Die französische Regierung beabsichtigt, täglich 6000 bis 7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Die Besprechungen über die Durchführung des Abtransportes haben in Paris unter Hinzuziehung deutscher Transportsachverständiger bereits begonnen. Für die Räumung der im französischen Hinterlande befindlichen Läger ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt. Eisenbahnmaterial wird in jedem angeforderten Umfange von deutscher Seite gestellt werden. Die in der Presse aufgetauchte Nachricht, daß die von Deutschland zu liefernden Eisenbahnwagen nicht rechtzeitig zur Stelle gewesen wären, entspricht nicht den Tatsachen. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorsorge getroffen, daß das Eisenbahnmaterial zu jeder Zeit sofort nach Anforderung seitens der französischen Behörden abrollen kann. Die Zahlen der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen werden laufend bekanntgegeben werden.

*

Paris, 12. Januar.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Lersner, gewährte den Vertretern der Agentur Havas, des Reuterschen Büros und der Associated Preß ein Interview, in dem er auf die Fragen der Pressevertreter folgendes ausführte:

Die Inkraftsetzung des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf, die wohl je einem Volke auferlegt wurden, besonders durch die Abtrennung von Gebieten, die seit vielen Jahrhunderten zu Preußen gehörten, und durch ungeheure wirtschaftliche Verpflichtungen. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erfreulich, denn Deutschland bekommt damit die heißersehnten gefangenen Söhne zurück. Ministerpräsident Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Gefangenenfrage mit keiner anderen Frage verknüpft werde, und daß die Heimsendung noch heute befohlen werden wird. Sie soll ohne Unterbrechung auf dem schnellsten Wege durchgeführt werden. Das haben mir Loucheur und Dutasta ausdrücklich versichert. Deutschland hat bereits, ohne dazu durch den Friedensvertrag verpflichtet zu sein, mit der Ausführung einer Anzahl Verpflichtungen, zum Beispiel der Kohlenlieferung, begonnen. Deutschland wird in Ausführung seiner vertraglich übernommenen Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen gehen, und wir hoffen, daß das deutsche Volk durch allmähliche Wiedergewinnung der Arbeitsfreudigkeit auch diese schwere Zeiten überwinden wird. Das Wirtschaftsleben Deutschlands und der Entente, vor allem Frankreichs, sind aufs engste miteinander verknüpft. Das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs ist zum großen Teil von der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands abhängig. Eine rücksichtslose Durchführung der Auslieferungsfrage wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die katastrophalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage. Deutschland wollte sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Beschuldigten in Deutschland vor einem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in normalen Zeiten die Frage von der Entente erneut geprüft wird. Der deutsche Vorschlag geht weiter über das hinaus, was seinerzeit Churchill unter dem Beifall der gesamten Entente Oesterreich gegenüber ablehnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

Diktatur
im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichsministeriums die nachstehende Verordnung erlassen, die wir kurz in der gestrigen Abendausgabe erwähnten:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden folgendes an:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Haussuchungen und von Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Sie wird von dem Militärbefehlshaber auf dem Gebiete der Zivilverwaltung unter Mitwirkung eines Regierungskommissars (§ 3) ausgeübt, den der Reichswehrminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern ernennt.

§ 3.

Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltungs- und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis des Regierungskommissars zu bringen.

Anordnungen des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars.

§ 4.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft.

§ 5.

Gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers im Einzelfalle steht die Beschwerde an den Reichswehrminister offen. Soweit es sich um Beschränkungen der persönlichen Freiheit handelt, ist das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1329), entsprechend anzuwenden.

§ 6.

Diese Verordnung ist sofort in sämtlichen Gemeinden des Bezirks in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

Berlin, den 11. Januar 1920.

Der Reichspräsident. Der Reichsminister des Innern.
gez. Ebert. gez. Koch.

General Watter Militärbefehlshaber

Zum Militärbefehlshaber für die erwähnten Regierungsbezirke ist vom Reichswehrminister der General von Natter ernannt worden. Zum Regierungskommissar wird der Reichs- und Staatskommissar Severing ernannt.

Der Militärbefehlshaber wird mit Zustimmung des Reichskabinetts eine Verordnung folgenden Inhalts erlassen:

Mit Zustimmung des Regierungskommissars ordne ich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes an:

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten.

Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 bestraft.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Das Bolschewistenschiff in Kiel. Der amerikanische Dampfer „Buford", mit den 250 ausgewiesenen Kommunisten an Bord, der Ende Dezember mit unbekannter Bestimmung New York verließ, ist heute wegen Maschinendefekts in Kiel eingelaufen. Der Dampfer ist begleitet von dem amerikanischen Kreuzer „Ballod" und wird einige Tage bis zur Reparatur in Kiel bleiben. Seine endgültige Bestimmung ist Baltinport in Estland.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

14] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

Die fünf Juristen schimpfelten viel. Bronsart fand ihre Unterhaltung langweilig, er bemühte sich, Maja in ein Gespräch zu ziehen, aber sie blieb wie gewöhnlich ziemlich still, und auch Dr. Herford gelang es nicht, sie lebhafter zu machen.

Raoul schaute sie an, betrachtete dann die anderen. Wie kam sie hierher, wie kam diese königliche Blume, diese blendende, fremdartig wirkende Schönheit in diesen Kreis? Dieser knöcherne, pedantische, von moralischen Grundsätzen und Strenge triefende Richter, der ihr Onkel und Pflegevater war, diese dicke, behäbige Bürgersfrau, für die Klatsch und häusliche Sorgen die höchsten Interessen waren, diese farblose, harmlose Erika, diese ganz indifferenten, gleichgültigen Brüder, wie kamen sie alle zu ihr, der Einzigen, die so ganz, so ganz anders war als sie alle? Was hatten sie mit ihr zu schaffen? Warum saßen sie hier in ihrem Hause? In ihrem? Ah, war es nicht vielmehr das Haus ihres Mannes, in dem sie ebenso fremd, ebenso einsam war, wie sie es einst im Hause ihrer Pflegeeltern gewesen?

Eine kochende Wut sprang in ihm auf, wenn er diesen Mann betrachtete, dem das Weib gehörte, das seines Lebens Qual und Elend geworden war.

O, sie herausreißen aus diesem Kreise, in den sie nicht gehörte, sie an sich ziehen, in seine Arme nehmen und fortragen, weit fort von hier in irgendein fernes, südliches Land und dort ihre Starrheit zu neuem Leben, zu neuer Liebe erwecken!

Mann, mann würde seine Zeit gekommen sein?

Er war in der letzten Woche wieder täglich gekommen und seine Freunde und Bekannten, denen er sich eine kurze Zeit gewidmet und dann wieder entzogen hatte, spionierten ihm nach, wollten wissen, was Raoul Bronsart denn eigentlich so verändert habe, was ihn fesselte.

Man erfuhr, daß er ein täglicher Gast in der Villa des Oberlandesgerichtsrates a. D. Dr. Hermann Lindner war, man erzählte sich, daß dieser alternde Mann eine junge, schöne Frau habe, man wußte plötzlich, was es war, das Raoul Bronsart von allen Vergnügungen, von allen Freunden entfernte. Ein neuer Flirt, eine neue Liebelei. Man lächelte, man tuschelte, Maja Lindners Name wurde zusammen mit dem Raoul Bronsarts genannt mit einem besonderen Tonfall, mit einem kleinen, halb verdammenden, halb verzeihenden Lächeln.

Sie wußte es nicht. Sie war allem Klatsch, sie war allen Menschen so fern. Und fern wollte sie Raoul Bronsart bleiben. Nach jener Unterredung hatte sie ihn nicht wieder ohne Zeugen gesprochen. Peinlich mied sie jede Gelegenheit, auch nur einen Augenblick mit ihm allein zu sein.

Er merkte es. Und er litt. Denn er wußte nicht, wie lange er dieses Versteckspiel, diese ganze fluchwürdige Komödie noch würde ertragen können . . .

Nach dem Kaffee musizierten Erika und Dr. Herford zusammen. Später spielten die Herren Karten, die Damen plauderten über gleichgültige Dinge, die Unterhaltung schleppte sich hin. Der Tag verging äußerlich, wie alle Weihnachtstage in Maja Lindners Ehe vergangen waren. Nur innerlich hatte sie sich gewandelt, war eine andere geworden in diesen letzten Wochen.

Die Ruhe und Gleichgültigkeit ihres Wesens, die sie nach außen hin krampfhaft aufrecht hielt, war nur noch Schein, innerlich hatte sie sie seit langem verloren, seit jenem Tage wohl schon, an dem Raoul Bronsarts Feuerangen zum ersten Mal auf ihrem Antlitz gebrannt.

6.

Im Januar hielt Dr. Raoul Bronsart einen Vortrag mit Lichtbildern über seine indische Reise. Der Oberlandesgerichtsrat, der sein Haus sonst nur zu kurzen Spaziergängen im Grunewald verließ, hatte sich schließlich entschlossen, den Vortrag zu besuchen. Er fand, daß er diese Rücksicht seinem geschätzten Freunde doch wohl schuldig sei.

Für Maja war es ein Fest, einmal herauszukommen. Der Vortrag fesselte sie, Raoul Bronsart reschien ihr heute ein anderer als sonst. So aus der Ferne, auf dem Podium, gefiel er ihr fast noch besser als im Zimmer. Sein wohltönendes Organ, seine elegante Erscheinung, sein rassiges, schöngeschnittenes Antlitz, alles bewunderte sie heute an ihm. Sie sah ihn lange an, während er sprach, was sie niemals tat. Denn sie fürchtete seine direkte Nähe, sie konnte nie ein Gefühl der Angst verscheuchen, wenn er in ihrem Hause weilte. Er zog sie an und stieß sie ab. Sehnsucht und Angst stritten in ihrem Innern. Er besaß eine gefährliche Macht über sie, er hatte Wünsche in ihr erweckt, die sie vorher nicht gekannt, er beschäftigte unablässig ihre Gedanken, aber das Empfinden unbedingten Vertrauens, gläubiger Zuversicht zu ihm und seinen Handlungen besaß sie nicht. Sie fürchtete ihn und seine Macht über sie mehr, als daß sie ihn liebte.

War diese Sehnsucht in ihr, diese Unrast in ihrem Blut, dieses geheime und unbestimmte Wünschen überhaupt Liebe zu nennen?

Liebte sie Raoul Bronsart?

Ihre Gedanken schweiften ob von den Worten des Vortrags, grübelerisch blickte sie in sich hinein.

War das neue Gefühl, das dieser Mann in ihr erweckt, Liebe? War es Leidenschaft? Warum dann aber diese stete dunkle Angst in seiner Nähe, warum dieses immerwährende Zittern in ihrem Innern? Weil sie seine Macht, seinen Willen über sich kannte und fürchtete? Weil sie sich völlig verloren hatte, seit er in ihr Dasein trat?

Sie glaubte, die Liebe müsse anders sein. Und ihr schien: der Dämon ihres Lebens war Raoul Bronsart geworden, doch nimmermehr der Geliebte . . . . . .

Nach Schluß des Vortrags wurde der Schriftsteller stürmisch gefeiert. Man brachte ihm Blumen und Kränze, man rief wieder und wieder seinen Namen, die jungen Mädchen im Saal drängten nach vorn, applaudierten wie rasend, wollten ihn immer und immer wieder sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001131-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 13. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung

Nach Eröffnung der Sitzung gibt Stadtverordneten-Vorsteher Kennitz bekannt, daß Stadtv. Könen (Unabh.) sein Mandat niedergelegt hat, da er durch seine Tätigkeit als Mitglied der Nationalversammlung zu sehr in Anspruch genommen und überdies demnächst von Halle verziehen werde. Ein Gesuch des Metallarbeiterverbandes auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung soll im Anschluß an einen vorliegenden Antrag gleichen Inhalts erledigt werden. Es liegt ferner ein Dringlichkeitsantrag der Frau Krüger (Unabh.) vor, der dahin geht, daß in dem neuen Stundenplan die angesetzten Stunden für den Religionsunterricht gestrichen werden sollen.

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten und eine städtische Gesundheitsdeputation gewählt, die aus 3 Magistratsmitgliedern, 5 Stadtverordneten (Bundt, Deutschn., Kürbs, Unabh., Frl. Dr. Lange, Dem., Frau Schmidt Unabh. und Wille, Mehrheitssoz.) besteht.

Errichtung eines Finanzbüros.

Die Versammlung beschließt, in Anerkennung der Begründung die Errichtung eines Finanzbüros und die Schaffung folgender etatsmäßiger Stellen ab 1. April 1920: 1 Rechnungsdirektor mit Gehaltsskala von 5000—7000 Mk., Steigerungen je 300 Mk., 1 Stadtsekretär, 1 Verwaltungssekretär.

Die Finanzangelegenheiten der städtischen Verwaltung werden jetzt vom Finanzdezernenten unter Zuhilfenahme der Stadtkämmereikasse, des Büros C, des Rechnungsrevisionsbüros und anderer Büros bearbeitet. Diese Stellen sind wegen Ueberlastung nicht mehr in der Lage, die notwendigen Arbeiten mit der Gewissenhaftigkeit zu fördern, die diesem wichtigen Gebiet zukommt. Außerdem gestaltet sich die Bearbeitung der Finanzen infolge der steigenden Endzahlen des Haushaltsplans und den zu gewährenden Anleihen immer schwieriger, so daß dem Finanzdezernenten zur Erhaltung einer geordneten und klaren Finanzwirtschaft ein besonderes Finanzbüro zur Verfügung stehen muß, wie es in allen größeren Städten besteht. Dem Finanzbüro wird die büromäßige Bearbeitung des Finanzwesens, soweit es außerhalb der kassenmäßigen Erledigung liegt, zugewiesen werden.

Erhöhung der Wassergebühr.

Durch Gemeindebeschluß vom 29. Mai/14. Juli 1919 ist die Wassergebühr auf 28 Pf. je Kubikmeter mit Wirkung von Oktober 1919 erhöht worden. Die Verhältnisse haben sich jedoch ungünstiger gestaltet, als damals angenommen. Im Haushaltsplan war für 1 Hektoliter Braunkohle frei Pumpwerk ein Durchschnittspreis von 1,36 Mk. angenommen. Dieser Preis hat sich jetzt inzwischen erhöht bis auf 2,20 Mk. Eine weitere Verteuerung der Kohlenkosten ist dadurch eingetreten, daß durch verminderte Güte der Kohle ein nicht unerheblicher Mehrverbrauch, bezogen auf das Kubikmeter Wasserförderung, verursacht ist, der etwa 22 Prozent der im Haushaltsplan vorgesehenen Menge beträgt. In ähnlicher Höhe bewegt sich die Ueberschreitung bei den Lohnausgaben; alle anderen Kosten des Betriebes und der Unterhaltung der Betriebsanlagen weisen z. T. noch weitergehende Steigerungen auf. Deckung kann nur durch eine entsprechende Erhöhung des Wasserpreises gefunden werden.

Es wird beschlossen, daß der Wasserpreis mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab von 28 Pf. auf 45 Pfennig je Kubikmeter erhöht wird, mit dem Zusatz, daß § 4 der Verordnung über Wassergebühr dahingehend geändert wird, daß dem Mieter auf Wunsch seitens des Wasserwerks die Höhe des entnommenen Wassers bekanntgegeben wird. — Ein Reingewinn für die Stadtkämmereikasse ist in dieser Erhöhung nicht vorgesehen.

Es wird ferner beschlossen, Ostern 1920 a) an der katholischen Volksschule eine Lehrerinnenstelle, b) an den Mittelschulen zwei Lehrerstellen und sämtliche Hilfslehrerinnenstellen, c) an der Vorschule des Stadtgymnasiums zwei Lehrerstellen einzugehen, d) an den evangelischen Volksschulen die fünf Lehrerstellen, die in den Jahren 1915 und 1916 gegründet, aber bisher von Hilfslehrerinnen verwaltet werden sind, zu besetzen, fünf neue Lehrerinnenstellen einzurichten, die im Haushaltsplan für 1919 zur Annahme vom Hilfskräften vorgesehenen 20 000 M. im Haushaltsplane für 1920 zu belassen und die vier eingezogenen Lehrerstellen der Vorschule und der Mittelschulen den evangelischen Volksschulen zu überweisen, e) zur Vertretung von erkrankten und beurlaubten Lehrern und Lehrerinnen 3 Lehrer und 3 Lehrerinnen anzustellen, dafür aber die im Haushaltsplane für 1919 vorgesehenen 26 000 Mk. um 17 000 Mk. zu kürzen, so daß an dieser Stelle im Haushaltsplan für 1920 nur 9000 Mk. verbleiben. Es sollen ferner bis auf weiteres an den evangelischen Volksschulen keine Lehrer- und Lehrerinnenstellen eingezogen werden, um die so nötige Herabsetzung der Zahl der Schüler und Schülerinnen in allen Klassen der Volksschule zu erreichen. — Mit Annahme dieses Antrages wird die Ausgabe für die Mittel- und Volksschulen um insgesamt 15 400 Mk. steigen.

Dem Magistratsantrag, 20 Stadtsekretärstellen in Oberstadtsekretärstellen mit Wirkung vom 1. April 1920 ab umzuwandeln, wird zugestimmt. Eine Erhöhung des Etats ist damit nicht verbunden. — Stadtverordneter Heine gibt dem Wunsche Ausdruck, auch die technischen Sekretäre bei einer Beförderung zu berücksichtigen. — Für die Herrichtung von 82 Hecken-Begräbnisstellen auf dem Südriedhofe werden 7500 Mk. aus dem allgemeinen Dispositionsfonds bewilligt.

Mittelbewilligung für Kohlenanfuhr.

Der Magistrat hat unter dem 3. Oktober 1919 80 000 Mk. für den Ausbau der Straßenbahn für Kohlentransportzwecke vorgesehen. Die Ortskohlenstelle hat auf Grund dieser Bewilligung die erforderlichen Vorarbeiten erledigt.

Der Transport der Kohle auf der Straßenbahn bezweckt prioritär: 1. soll er es ermöglichen, mehr Briketts für Halle anzufahren, als es bisher durch die Staatsbahn auf Grund der von dem Reichskohlenkommissar vorgesehenen Verteilung möglich war, zuzüglich zuzufahren; 2. soll dieser Transport mit der Straßenbahn die Kosten für die Zufuhr der Briketts im Landwege, die infolge der steigenden Fuhrlöhne und Automobilkosten sich ständig erhöhten, verringern. Die Kosten für den Automobiltransport stehen jetzt auf 5 Mk. für den Zentner und werden voraussichtlich sich noch weiter erhöhen. Beim Transport mit der Straßenbahn ist jedoch nur mit einem Preise von 50 Pf. bis zu 1 Mk. zu rechnen.

Die Ortskohlenstelle hofft von der Grube Cecilie bei einem Betriebspark von 6 Wagen täglich 300—600 Zentner Braunkohlen zu können. Es sind dies 10 Prozent des im Landwege einzudeckenden täglichen Verbrauchs und 4 Prozent des täglichen Verbrauchs der Stadt Halle. Durch die Beschaffung weiterer Wagen werden diese Mengen noch erhöht werden. Die Versammlung beschließt die Bewilligung der hierzu notwendigen Mittel. — Stadtv. Osterburg (Unabh.) teilt mit, daß der Betrieb bereits am Donnerstag eröffnet wird und mit einer Erhöhung des gesamten 6-Wagenbetriebes in etwa 14 Tagen zu rechnen sei.

Einer Erhöhung des Einkaufsgeldes für Kaufstellen im Hospital St. Curiaci et Antonii um 5 Prozent wird zugestimmt. Das Einkaufsgeld wird in Zukunft bei einem Eintrittsalter von 55 Jahren 10 934 Mk. betragen. — Wehrere der Stadt vermachte Legate für Krabpflege werden angenommen. — Stadtv. Albrecht (Unabh.) hält es im Interesse der Stadt für geboten, die Annahme derartiger Legate davon abhängig zu machen, daß ein solches Legat mindestens 2000 Mk. beträgt und sich die damit verbundene Verpflichtung auf nicht länger als 30 Jahre erstreckt. — Stadtv. Keil (Dem.) begrüßt im Namen seiner Fraktion diesen Antrag, verwahrt sich aber gegen die Beschränkung der Verpflichtung auf 30 Jahre. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) hält eine Debatte über diesen Punkt nicht für notwendig, da nach seiner Meinung im Jahre 2009 — ein vorliegendes Legat legt eine Verpflichtung bis zu diesem Zeitpunkte auf — die sozialistische Gesellschaft mit „all diesem Schwindel" aufgeräumt" habe.

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Magistrat wird ersucht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die kasernierte Prostitution im Stadtbezirk Halle aufzuheben." — Der Antrag wird von Frau Stadtv. Krüger begründet: Der Soziale Ausschuß hat sich im Prinzip für die Aufhebung der kasernierten Prostitution ausgesprochen. Es sprechen für diesen Antrag verschiedene Gründe. Einmal befinden sich die Bordelle zumeist in der Nähe von kleinen und billigen Wohnungen und bilden somit eine große Gefahr für die heranwachsende Jugend. Des weiteren wird durch die kasernierte Prostitution dem Mädchenhandel durch Verschleppung der Dirnen von einem Bordell zum andern Vorschub geleistet. Auch können die Mädchen, wenn sie einmal kasserniert worden sind, schwerlich wieder zu einem ordentlichen Lebenswandel zurückgeführt werden. In Halle gibt es zurzeit 50 kasernierte Prostituierte. Da man ohnehin gegen die anderen Dirnen machtlos ist, so wird durch die Kasernierung dieser 50 einer Verbreitung von Geschlechtskrankheiten kaum vorgebeugt werden. — Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages.

Erweiterung des Säuglingsheims.

Der Antrag der Deutschnationalen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, umgehend eine Vorlage für die Erweiterung der bestehenden Säuglingsheime oder die Neuerrichtung eines zweiten städtischen Säuglingsheimes zu machen, wird von Fräulein Stadtv. Bolze begründet: Es bestehen zurzeit ungeheure Schwierigkeiten in der Unterbringung der Säuglinge, und zwar sind diese Schwierigkeiten für ein uneheliches Kind weit größer als für ein ehelisches, das in der Familie erzogen werden kann. Der beste Ausweg wäre, wenn möglichst viele Mütterheime gegründet würden. Es würde damit erreicht, daß die Mutter nicht von ihrem Kinde getrennt und die Liebe zu diesem geweckt wird. Ein Ersatz für die Errichtung von Mütterheimen wäre die Unterbringung der Säuglinge in Privatpflegestellen. Dies ist zurzeit mit Rücksicht auf die ungünstigen Wohnungsverhältnisse sehr schwierig. Es bleibt daher nichts weiter übrig, als die Säuglingsheime zu erweitern. Die damit verbundene Infektionsgefahr läßt sich nicht bestreiten, aber der Säugling ist doch dann wenigstens untergebracht. Wir haben uns entschlossen, unseren Antrag folgendermaßen abzuändern:

„Der Magistrat wird ersucht, die Verwaltung des städtischen Säuglingsheimes so zu gestalten, daß in ihm eine größere Anzahl von Säuglingen als bisher Aufnahme finden kann und ferner Vorsorge dafür zu treffen, daß die unverzügliche Aufnahme von Säuglingen gewährleistet wird."

Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) spricht sich gegen die Unterbringung von Säuglingen in Privatpflegestellen aus, da dadurch die betreffende Pflegemutter in Versuchung geführt würde, die für den Säugling gelieferte Milch für ihre eigenen Kinder zu verwenden. Diesen Einwurf weist Stadtv. Bundt mit dem Hinweise ab, daß sich nach dieser Richtung hin sehr leicht eine Kontrolle bewerkstelligen ließe, um des weiteren den Antrag auf Errichtung eines zweiten Säuglingsheimes warm zu befürworten. — Durch die Mitteilung des Oberbürgermeisters Dr. Rive, daß der Magistrat bereits zur Errichtung eines zweiten Säuglingsheimes Stellung genommen habe, das auf dem Gebiete der Bethe-Lehmann-Stiftung errichtet werden soll, wird der Antrag erledigt. Für den Ausbau des Emilienheims werden 18 000 M. bewilligt.

Der Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

An die von deutschnationaler Seite eingebrachten Anträge auf Kommunalisierung der Lichtspielhäuser und namentlich auf Beseitigung oder Einschränkung schädlicher Folgen von Streiks schließen sich lange und erregte Aussprachen an. Wir kommen auf diese Punkte in der heutigen Abendausgabe noch ausführlich zurück.

Der Ferchlandt-Prozeß

Der Zeuge Hauptmann Pinkvoß, der unser 36er Füsilier-Regiment aus dem Felde zurückgeführt hat, bekundet, daß die Zustände in der Kaserne I gewaltsam erregt gewesen sind. Er hat sich mit den Mannschaften seines dort liegenden Bataillons aussprechen wollen und dasselbe eines Tages vormittags auf den Kasernenhof befohlen. Politik sollte dabei nicht besprochen werden, sondern nur beraten, wie dem Unwesen gegen Ordnung und Disziplin abgeholfen werden könnte. Ihm ist aber mit seiner Ansprache der Angeklagte zuvorgekommen, indem dieser eine aufreizende Rede hielt. Was Ferchlandt gesagt hat, weiß Zeuge nicht anzugeben. Nur aus den Folgen des Auftretens dieses Usurpators der Militärgewalt, welche sich bald bei den Mannschaften zeigten, konnte er sich sein Urteil bilden.

Bei den Erörterungen hierüber erlaubte sich der Angeklagte, wiederholt störend in die Verhandlung einzugreifen, indem er zuerst an den Vorsitzenden Fragen richtete. Solche Uebergriffe, die nur den Zweck haben, seine Taten zu beschönigen und zu entschuldigen, bestimmten den Vorsitzenden, dem Angeklagten zum zweiten Male ganz energisch zu sagen, daß in Zukunft eventuell ohne ihn weiter verhandelt wird. — — —

Zeuge Ltn. d. Res. Michaelis berichtet sodann von der ihm in der Nacht zum 9. Januar 1919 gewordenen Mißhandlung und seiner ganz unbegründeten Verhaftung. — Ltnn. d. Res. Endee kann nur dasselbe bekunden, was Zeuge Pinkvoß beschworen hat. — Ueber den „Dienst" unter dem Regime des Ferchlandt äußert sich Zeuge Wizeldwebel Stolle als damaliger Regimentsschreiber dahin, daß eigentlich gar kein Dienst war; nicht einmal ein Beerdigungskommando sei zusammengebracht worden, nur die Wachen seien früh 9 Uhr täglich eingeteilt worden — im übrigen hat der „Soldaten-Rat" alles laufen lassen, wie es eben lief. Jede Disziplin, Ordnung und Höflichkeit seien verschwunden gewesen. — Das Gleiche bekundet Zeuge Feldwebel Müller und gibt das Ende der aufreizenden Rede des Ferchlandt, mit der er Hauptmann Pinkvoß zuvorkam, genau wieder: „Leute, denkt daran, was Ihr zu antworten habt, wenn jetzt Euer Regiments-Kommandeur zu Euch spricht!" — Der Zeuge Feldwebel Weidling gibt ungefähr in demselben Sinne sein Zeugnis ab; er will aus dem Munde Ferchlandts gehört haben: — — — wie Ihr die Rede jetzt aufzunehmen habt!"

Selbstredend ist nach dieser Rede die Stimmung gegen Pinkvoß umgeschlagen. — Der Zeuge Verwaltungs-Inspektor Baumann hat seine Gesuche um Ordnung in der Artillerie-Kaserne stets an den Vorstand des Soldatenrats gerichtet (einen gewissen Peilecke); er hätte aber gehört, daß seine Gesuche natürlich auch damals durch die Kommando-Gewalt Ferchlandts indirekt ihre Erledigung fanden. —

Sodann meldeten sich bei dem Besprechen der Ereignisse auf dem Riebeckplatz aus Anlaß des bürgerlichen Demonstrationszuges — aus dem Publikum heraus die Zeugen Bösemann und der frühere Inhaber der „Goldenen Kugel", Stünkel. Ersterer sagt aus, daß vom Balkon des Hotels nur Schreckschüsse durch einen Matrosen am Maschinen-Gewehr abgegeben wurden. Der frühere Wirt bekundet dagegen, daß gegen 10 Uhr am 12. Januar Matrosen mit zwei Maschinengewehren das Eckzimmer und je sechs Matrosen die Haus-Eingänge besetzt haben, worunter auch Meseberg sich befand. Der Zeuge St. hat diesem die Bitte vorgetragen, nur ja keine Schießerei zu machen, denn die Artillerie denke gar nicht daran, gegen den Platz anzurücken. Als der Knabe Pfifferling tot hingestreckt wurde (wahrscheinlich durch einen Schuß aus der Magdeburger Straße), hat Zeuge St. den Seeland innig gebeten, nicht schießen zu lassen. Es ist aber doch geschossen worden! — Die jetzt noch inhaftierten, militärisch vorgeführten Zeugen Hartung und Paetz bringen noch interessante Einzelheiten zum Prozeß.

Fortgang der Verhandlung morgen.

*

Heute begann die auf etwa 2 Wochen berechnete erste diesjährige Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitze des Landrichters Kißner. Angeklagt war die 1850 geborene, noch unbestrafte Hebamme Frau Anna Pötsch, geb. Raap, wegen Lohnabtreibung. Sie sollte drei Schwangeren gegen Entgelt die Leibesfrucht abgetrieben haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Geschworenen bejahten alle Schuldfragen, worauf das Gericht die Angeklagte zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilte. 4 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt in Anrechnung gebracht. Die Geschworenen beschlossen auf Anregung des Verteidigers, Rechtsanwalts John, einstimmig, ein Gnadengesuch zu befürworten, um eine mildere als die gesetzliche Strafe herbeizuführen.

— **Die Handelskammer** hatte am 12. Januar die durch den Krieg im Ausland geschädigten Inlanddeutschen zu einer Besprechung gebeten, deren Zweck war, eine Arbeitsgemeinschaft zur Vertretung der Mitglieder des Verbandes zu wählen, aus der sich später eine Vorprüfungskommission ergeben soll. Die Spruchkommission, die über die Anträge auf Schadenersatz entscheidet, wird ihren Sitz in Leipzig haben. Ihr Bezirk umfaßt die Handelskammerbezirke Halle, Dessau, und die sächsischen Handelskammerbezirke, vielleicht auch noch die von Thüringen. Der gewählte Arbeitsausschuß wird zunächst über die Organisation und Geschäftsführung beschließen. Wir hoffen, demnächst von berufener Seite Näheres über das Wesen und die Ziele des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen bringen zu können.

— **Straßenbahn-Fahrscheinhefte.** Die zu 2 M. von den Schaffnern an die Fahrgäste verkauften Fahrscheinhefte sind die als Wechselgeld verausgabten einzelnen Fahrscheinbestscheine verlieren ab 15. d. M. die Gültigkeit. Besitzer derartiger Hefte oder Hestscheine werden ersucht, solche gegen Nachzahlung des durch die Tariferhöhung bedingten Mehrpreises in den Verkaufsstellen Berliner Straße 1 und Seebener Straße 62 umzutauschen.

— **Falsche 50 Mark-Banknoten.** Seit kurzem sind Nachbildungen der rosafarbigen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 21. April 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgeahmt. Das Papier ist unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Begrenzung zur Mittelguilloche ist unten rechts über dem zweiten „p" in der Unterschrift „b. Glasenapp" etwas abgeflacht. Vor Annahme der Falschstücke mit obengenannten Kennzeichen wird gewarnt.

— **Vorsicht im Verkehr mit Händlern.** Aus Anlaß verschiedener Vorfälle werden wir ersucht, darauf hinzuweisen, daß solche Personen, insbesondere Händler, welche die nach § 1 der Verordnung vom 24. Juni 1916 erforderliche Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln nicht besitzen, trotzdem aber Geschäfte mit Landwirten abschließen, bei weichender oder steigender Konjunktur jederzeit den Einwand erheben können, das Geschäft sei nach § 134 BGB. nichtig. Es liegt auf der Hand, daß auf diese Weise dem Landwirt, sei es als Käufer oder Verkäufer empfindlicher Schaden erwachsen muß, wenn er eventl. auch im Prozeßwege den betreffenden Händler auf Grund des § 826 BGB. haftbar machen kann.

— **Verkehr mit Benzol.** Ueber den Benzol zu Verkehrs- und gewerblichen Zwecken herrscht vielfach noch Unklarheit. Es wird daher darauf hingewiesen, daß die Zuteilung von Benzol zu Verkehrszwecken durch den Regierungspräsidenten erfolgt. Benzol, das anderen als Verkehrszwecken dienen soll, wird durch besondere amtliche und private Verteilungsstellen zugewiesen, die beim Reichswirtschaftsministerium, Sektion II 5 O, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 198/194, erfragt werden können. Gleichzeitig wird auf die in Nr. 20 der „Mitteldeutschen Handwerker-Zeitung" abgedruckte Bekanntmachung der Handwerkskammer Halle vom 8. Oktober 1919, betr. Benzolverteilung aufmerksam gemacht.

ii. **Im Lehrerverein Halle und Umgegend** sprach Lehrer Kruselopp-Lettin über die „Forderungen zu den Einigungsbestrebungen innerhalb der Lehrervereine", wobei festgestellt wurde, daß die Zahl der Mitglieder des N. Pr. L.-V. zum Wohl der Landschule nicht zurückgegangen ist. Ueber die Verhandlungen des Pestalozzi-Vereins führte derselbe Redner folgendes aus: Jedes Mitglied einer Lehrervereinigung muß zum engeren Zusammenschluß von jetzt ab zugleich dem Pestalozzi-Verein angehören. Eine Nachzahlung soll nicht stattfinden. Die Kaiser-Wilhelm-Augusta-Stiftung soll vom Altpreußischen Lehrerverein aufgegeben werden, wenn die anderen Verbände eine Stiftung überweisen, die dem Verhältnis entspricht. Von jedem Mitglied unseres Vereins sollen zu diesem Zwecke pro Jahr 5 Mark extra erhoben werden. — Ueber die Verhandlungen der Synodalversammlung der 2. Land-Ephorie Halle zum Schulkompromiß führte genannten Redner und Lehrer Dölkel-Peißen kurz folgendes aus: Es bestehe kein Differenz zwischen Geistlichkeit und Lehrerschaft, beide wollten zusammenarbeiten unter folgenden Gesichtspunkten: 1. die Schule übernimmt den geschichtlichen Religionsunterricht, 2. bei Aufstellung der Stoffpläne soll die Kirche gehört werden, 3. das Aufsichtsrecht der Kirche weist die Lehrerschaft ab, auch über den Religionsunterricht hat der Staat die Aufsicht zu führen.

— **Im Gartenbauverein Halle** spricht am Donnerstag, den 15. Januar, um 8 Uhr abends im Hörsaal des Landwirtschaftlichen Instituts Gartenbauinspektor Hans Gerlach an Hand von Lichtbildern über „Die heimatlichen Blumen des deutschen Gartens als Farbenspiel der Gartenschönheit im Rahmen der Siedlung."

ii. **Der diesjährige zweite Holzschlag** in der Dölauer Heide befindet sich jenseits des Cöllmer Weges am tiefen Einschnitt der Hettstedter Bahn unweit des Lonberges.

Familien-Nachrichten.

Geburten. Stadtverwaltungssekretär Kurt Eichler und Frau Martha geb. Bole (Sohn). — Fritz Jakob u. Frau Ella geb. Mahhoff (Tochter).

Verlobungen und Eheschließungen. Verlobung der Tochter Ella des Rechnungsrats W. Focke in Freiemwalde mit dem Kaufmann Rudolf Weymar in Halle. — Vermählung Joseph Bobatsch und Anna geb. Barth in Halle.

Todesfälle. Am 9. Januar Buchhändler Georg Willibald Fritzsche im 57. Lebensjahr. — Kaufmann Fritz Mäurer im 37. Lebensjahr. — Am 11. Januar Schrankenwärter Franz Günther im 67. Lebensjahr. — Am 10. Januar Kgl. Bademeister a. D. Robert Jeßner im 73. Lebensjahr. — Lehrerin Gertrud Schleusner im 29. Lebensjahr. — Minna Kiel im 53. Lebensjahr. — Am 9. Januar Hedwig Drubig. — Emilie Wege im 79. Lebensjahre. — Am 10. Januar Frau Apotheker Klatte. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001131-13/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Anhaltischer Lehrerverein

e. Güsten, 10. Januar.

Die Vertreterversammlung des Anhaltischen Lehrervereins fand heute in Anwesenheit von 65 Vertretern und 20 sonstigen Teilnehmern ihren Abschluß. Von der Oberschulbehörde war Oberschulrat Dr. Arndt erschienen. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Reichsschulkonferenz, die bekanntlich nach Ostern in Berlin zusammentreten soll. Von den 400 Vertretern aus dem ganzen Reiche entfallen 24 auf den Deutschen Lehrerverein; in dieser Zahl ist der Anhaltische Lehrerverein durch einen Delegierten vertreten, und zwar durch den Vorsitzenden Bethge; dessen Vertreter ist Lehrer Albrecht-Cöthen. Zur Frage der Neugestaltung der Lehrerbildung wurde folgende Entschließung angenommen:

1. Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung im allgemeinen gelten, für das ganze Reich einheitlich zu regeln.
2. a) Die allgemeine wissenschaftliche Vorbildung wird auf einer höheren Schule, b) die berufswissenschaftliche Ausbildung wird auf einer Hochschule erworben. Die Mindestdauer des Studiums ist auf drei Jahre festzulegen.
3. Die Einrichtungen für das Berufsstudium der Lehrer sind an die bestehenden Hochschulen anzuschließen.

Punkt 3 der Tagesordnung betraf den

Religionsunterricht.

Es wurde mit 34 gegen 31 Stimmen folgender Antrag Fritsche-Bernburg angenommen: Der Anhaltische Lehrerverein bekennt sich grundsätzlich zu den Programmforderungen des Deutschen Lehrervereins, die sich auf Schul- und Religionsunterricht beziehen. Er bedauert daher das durch die Verfassung in Weimar festgelegte verhängnisvolle Schulkompromiß. Angenommen wurde auch der Antrag des Hauptvorstandes: Die Vertreterversammlung des Anhaltischen Lehrervereins erklärt von vornherein, daß die anhaltischen Lehrer die Beteiligung an einem Religionsunterricht, der von der Kirche irgendwie beeinflußt oder gar beaufsichtigt würde, ablehnen. Schließlich wurde noch einem Antrag Gerlebogk zugestimmt, der fordert, daß die Erteilung des Religionsunterrichts in der Oberstufe der ein- und zweiklassigen Schulen anstatt in zwei Abteilungen in einer Abteilung vorgenommen werde.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Ausbau der Schulen. Nahezu einstimmig wurde hierzu der folgende Antrag des Hauptvorstandes angenommen:

1. Die Vertreterversammlung ersucht die Oberschulbehörde, baldigst in Vorarbeiten für den Ausbau der anhaltischen Volksschulen in den größeren Orten in achtklassige Anstalten einzutreten.
2. Sie ersucht ferner, in allen Schulen von Ostern 1920 ab das Turnen einzuführen.
3. Den für das weibliche Geschlecht einzuführenden Pflichtfortbildungsschulen möge der jetzt im Volksschullehrplan enthaltene Haushaltungsunterricht überwiesen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung betraf die

wirtschaftliche Selbsthilfe.

Hierzu wurde beschlossen: Die Vertreterversammlung des Anhaltischen Lehrervereins ersucht den Landesverband der Beamtenvereine Anhalts, sofort in eine Organisation der wirtschaftlichen Selbsthilfe in weitestem Umfange einzutreten. Ferner wurde beschlossen, die Vereinsbeiträge und die Zeitungsbezugsgebühren für die kriegsgefangenen Mitglieder auf die Vereinskasse zu übernehmen.

In der Frage der Urlaubserteilung an Schulkinder wurden folgende Forderungen aufgestellt:

Zur Urlaubserteilung für Schulkinder ihrer Klasse bzw. ihrer Schule (Schulen) sind befugt:

1. Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen für drei Tage innerhalb eines Monats.
2. Alleinstehende Lehrer, Erste Lehrer, Hauptlehrer und Rektoren; die drei letzten nach Benehmen mit dem Klassenlehrer (der Klassenlehrerin), bis zu zwei Wochen innerhalb eines Vierteljahres.
3. Kreisschulinspektoren — nach Benehmen mit dem Rektor, Hauptlehrer usw. — für die Dauer von mehr als zwei Wochen bis zu sechs Monaten.

Alle Urlaubsbewilligungen sind in der Versäumnisliste kenntlich zu machen. Es ist Aufgabe der Lehrerkonferenz, darauf hinzuwirken, daß Ungleichmäßigkeit in der Urlaubserteilung möglichst vermieden wird.

Schließlich wurde für Privatunterricht der Mindestsatz von 5 Mark für die Eingelstunde festgesetzt und darauf die Versammlung geschlossen.

---

ii. Dölau, 11. Jan. (Einordnung in Teuerungsklasse A.) Dölau ist mit seiner Villenkolonie und als Vorort von Halle wie dieses in die Klasse der teuersten Orte gekommen, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1919 ab.

l. Burg, 12. Jan. (Auf dem Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei) für den Kreis Jerichow I wurde folgende Entschließung angenommen „Die zu einem Parteitage versammelten Mitglieder und Freunde der Partei sprechen den Abgeordneten Schiele, Behrens und Frl. Behm nach ihren Vorträgen ihren Dank und volles Vertrauen aus. Gleichzeitig erheben wir ganz entschieden Einspruch dagegen, daß die zum Zwecke der Verabschiedung der Reichsverfassung gewählte Nationalversammlung noch weiter mit Arbeiten betraut wird, die nicht derselben, sondern einem auf Grund der neuen Verfassung gewählten Reichstag zustehen, namentlich auch deshalb, weil wir glauben, daß weder die Zusammensetzung der Nationalversammlung und Regierung dem Willen des Volkes entspricht, noch auch dem Interesse unseres darniederliegenden Vaterlandes gerecht wird. Wir richten deshalb einstimmig die Mahnung und Aufforderung an unsere Abgeordneten, immer wieder aufs neue mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fordern. Neuwahlen; jetzt hat das deutsche Volk das Wort!"

— Rudolstadt, 12. Jan. (Gefährliches Hochwasser) zeigt sich gestern die Saale. Infolge der gestern eingetretenen außerordentlich milden Witterung wurde die Schneeschmelze derart beschleunigt, daß das Flußbett die von den Höhen herabströmenden Wassermengen nicht zu fassen vermag. Heute Vormittag war die ganze Verbindung zwischen der Stadtbrücke und Cumbach überfluutet. Der Verkehr kann nur durch Kähne aufrechterhalten werden. Das gesamte Vorgelände, ein Teil der großen Wiese, sowie der kleine Exerzierplatz und der ganze Stadtpark stehen unter Wasser. Weiteres Steigen des Hochwassers wird wegen der anhaltenden milden Witterung befürchtet.

„H. Z." Sportberichte

H. F. C. von 1910. In der Jahresversammlung wurden folgende Herren in den Vorstand neugewählt: 1. Vors. A. Voigt, Schönitzstraße 18, 2. Vors. O. Beyer, 1. Schriftf. P. Spröte, Jakobstraße 23, 2. Schriftf. R. Börkner, Kassierer: W. Bönsch, Schwetschkestraße 8, Gerätewart: P. Werner, Passendorf, Spielausschußvorsitzender: A. Stoye, Wilestraße 20, 1. Spielf. K. Franke, 2. Spielf. W. Hoffmann, 3. Spielf. Riegler. Zuschriftenadresse für Mitglieder und Kassenwesen an 1. Schriftführer, für Spielangelegenheiten A. Stoye, Wilestraße 20.

— Die Vorversammlung der Deutschen Sportbehörde in Halle. Da die von Süddeutschland mit Rücksicht auf Fastnacht beantragte Verschiebung der Vorversammlung der Deutschen Sportbehörde für Athletik vom 14./15. Februar auf den 21. Februar nicht möglich ist, wurde die Vorversammlung nunmehr von Stuttgart nach Halle verlegt.

— Bundespokalspiel Berlin gegen Südwestdeutschland. Die Berliner Verbandsmannschaft, die am 25. Januar in Breslau im Wiederholungsspiel um den Bundespokal gegen Südwestdeutschland antritt, hat ein ganz verändertes Aussehen erhalten, da der Südkreis, der mit seinen Spielen noch im Rückstande ist, bei der Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnte. Die Mannschaft ist nunmehr wie folgt aufgestellt worden: Tor: Schulze (Berolina), Verteidiger: Standtke (Union-Oberschöneweide) und Diemer (Sportverein 92), Läufer: Prechelt (Minerva), Jüngel (Sportverein 92) und Harbarth (Triton-Spandau), Stürmer: Leiseromitsch (Tennis Borussia), Gebrüder Strehlke (Wacker-Tegel), Siebert (Berthe) und Zierau (Osten). Obwohl bei der Mannschaft die bewährten Spieler von Viktoria, Preußen und Union fehlen, hat die Spielstärke doch nicht viel gelitten. Ein günstiger Ausgang des Spieles für Berlin kann, trotzdem das Spiel auf dem Boden des Gegners stattfindet, erwartet werden.

— Deutsche Fußballmeisterschaft. Das Vorrundenspiel um die Deutsche Fußballmeisterschaft ist auf den 16. Mai angesetzt. Die Austragung der Zwischenrunde wurde auf den 2. Juni und das Endspiel auf den 16. Juni anberaumt.

— Die Aufnahme des Deutschen Rugby-Verbandes-Hannover als Mitglied des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen ist, einem eigenen Drahtbericht zufolge, soeben erfolgt.

— In Oberhof wurde am Sonnabend das Bobsleighrennen um den Silbersterpokal des Bobsleighklubs Oberhof abgehalten. Sieben Mannschaften erschienen am Start. Es wurden eine Vorfahrt und zwei Wettfahrten ausgetragen. Erster wurde „Sturmvogel" (Führer Walter Gebhardt-Oberhof, Bremser Hermann Gebhardt-Oberhof) in 7:35. Zweiter wurde „Fledermaus" (Robert Gordenbach und Max Otte-Darmstadt). Die Strecke betrug 4 Kilometer. Es herrschte starker Schneefall.

— Oberhof, 12. Jan. Die Sportverhältnisse sind gut, Eis- und Rodelbahn sehr gut, Schneedecke von 60 cm, Temperatur — 2° Cels. Veranstaltungen: 11. Januar Tailing-Rennen, 18. Januar Bobsleigh-Rennen (Stiftungspreis).

— Die Schneeschuhmeisterschaften des Deutschen Skiverbandes, die ursprünglich in Krummhübel im Erzgebirge stattfinden sollten, finden nunmehr nach einem neuen Beschluß des Vorstandes des Deutschen Skiverbandes am 17. und 18. Februar auf dem Feldberg im Schwarzwald statt.

— Die ersten großen Skiwettläufe des Winters veranstaltete am Sonnabend der Oberharzer Skiklub mit seinen Verbandswettläufen in Braunlage (Harz). Der erste Tag brachte bei glänzenden Schneeverhältnissen überraschend gute Zeiten.

— Der Wiener Fußballklub Rapid, der seine schweizer Fußballreise von drei schönen Erfolgen gekrönt sah, spielte auf der Heimreise in Stuttgart und siegte gegen den S. C. Stuttgart überlegen mit 6:1.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Deutsch-polnischer Warenaustausch

Die genauen Ziffern des deutsch-polnischen Warenaustausches, wie er in den Berliner Verhandlungen vereinbart wurde, sind:

Deutschland liefert:

Monatlich 75 000 To. Kohlen zu 120 M die Tonne, 5 Monate lang	450 000 000 M
Einmalig 50 000 To. Kohlen aus seinen Vorräten	6 000 000 „
Weitere 5000 Zisternen auf 3 Monate, zu 100 M monatlich	1 500 000 „
Leihweise 100 Lokomotiven und 3000 Waggons auf 150 Tage	9 900 000 „
400 Waggons Stickstoffdünger, die Tonne zu 1000 M	4 000 000 „
Insgesamt für	471 400 000 M

Polen liefert:

5 500 000 Ztr. Kartoffeln zu 16 M	88 000 000 M
100 000 Gänse zu 20 M	2 000 000 „
20 000 Ztr. Melasse zu 15 M	300 000 „
1 000 000 Liter Spiritus zu 30 M	30 000 000 „
Insgesamt für	120 300 000 M

Der Ueberschuß zugunsten Deutschlands beträgt demnach 351 100 000 M.

Aktiengesellschaften

Siemens u. Halske-A.-G., Berlin. Bei der Siemens u. Halske-Aktiengesellschaft betrug für das abgelaufene Geschäftsjahr der Geschäftsgewinn einschließlich Vortrag 15 786 122 gegen 17 750 818 Mk. im Vorjahre und der Reingewinn 11 457 441 (13 954 780) Mk. Darauf werden wiederum 12 Proz. Dividende gezahlt und ferner 2 Millionen der Sonderrücklage und 500 000 Mark dem Dispositionsfonds überwiesen. Kraft des Rückganges der gelei steten Arbeitsstunden von 120 Millionen auf 78,5 Millionen im abgelaufenen Geschäftsjahr stiegen die Ausgaben für Löhne und Gehälter bei der Siemens u. Halske-Aktiengesellschaft und den Siemens-Schuckert-Werken auf 254 gegen 208 Millionen Mark.

Porzellanfabrik Frauenreuth Akt.-Ges. in Frauenreuth. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 1 150 000 Mk. auf 2 Millionen Mark. Von den jungen Aktien sollen 850 000 Mk. den Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 110 Proz. angeboten werden, während der Rest von der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt fest übernommen wird. Ferner wurde der Antrag auf Ausgabe von 750 000 Mk. 5proz. Hypothekarobligationen genehmigt.

Maschinenfabrik Kappel Akt.-Ges. in Chemnitz. Von der Verwaltung wird mitgeteilt, daß das Unternehmen mit Aufträgen gut versehen ist, weitere Aufträge aber nur mit Vorsicht hereinnehmen kann, da die ständig wachsenden Ausgaben eine einigermaßen sichere Kalkulation nicht zulassen. Die Arbeitsleistung hat sich etwas gehoben, ist aber noch nicht befriedigend. Ueberstunden zu machen, wird von den Arbeitern nach wie vor abgelehnt. Es ist deshalb nicht möglich, die Leistungen der Hilfsmaschinen so zu erhöhen, daß weitere Arbeiter eingestellt werden können. Würden sich die Verhältnisse in dieser Beziehung bessern, so wäre es bei dem vorliegenden Bedarf ein Leichtes, größere Aufträge hereinzunehmen.

Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte in Artern. Wie uns von Verwaltungsseite mitgeteilt wird, stehe die Verwaltung den in den letzten Tagen durch die Zeitungen verbreiteten Mitteilungen, wonach mit einer Erhöhung der Dividende, die im Vorjahre 6 Proz. betrug, zu rechnen sei, vollkommen fern. Auch von größeren Auslandsaufträgen sei der Verwaltung nichts bekannt. Wie das Ergebnis des am 31. Dezember beendeten Geschäftsjahres ausfallen werde, lasse sich noch nicht übersehen.

Vöge-Elektrizitätsaktiengesellschaft in Chemnitz. Die in der Hauptversammlung beschlossene Kapitalserhöhung um 6 auf 12 Millionen Mark ist vom Wirtschaftsministerium genehmigt worden.

Brauerei Gottlieb Büchner A.-G. in Erfurt. Die Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung und setzte die Dividende auf wieder 8 Proz. fest.

Eilenburger Kattun-Manufaktur A.-G. Die Gesellschaft beabsichtigt eine Kapitalserhöhung um 800 000 auf 1 200 000 Mk.

*

Neue Höchstpreise für Benzol. Die jetzt geltenden, durch Bekanntmachung vom 17. Mai festgesetzten Höchstpreise für Benzol und verwandte Körper entsprechen bei den inzwischen erheblich gestiegenen Kostenpreisen, Arbeitslöhnen usw. nicht mehr der gegenwärtigen Marktlage. Infolgedessen ist der Höchstpreis für Benzol von 108 Mark auf 275 Mark für 100 Kilogramm Reingewicht erhöht worden. Gleichzeitig wird die bereits bestehende Beschlagnahmebefugnis erweitert.

Frankfurter Messe. Die zweite internationale Messe in Frankfurt a. M. findet vom 2. bis 11. Mai statt

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Der endgültige Friedensschluß beeinflußte auf die Börse gewirkt, als sich die Spekulation im allgemeinen etwas Zurückhaltung auferlegt und die im Verlaufe eingetretene Abschwächung der Auslands- und Valutawerte bezauf schließen läßt, daß man ansicheinend in Börsenkreisen doch bedurfte auf eine Festlegung der allgemeinen und wirtschaftlichen Verhältnisse rechnen zu können glaubt. So gaben außer Kolonial- und Petroleumwerten besonders Kanadas im Kurse nach, und auf dem Rentenmarkt stellten sich Merikaner nach den Steigerungen der letzten Zeit niedriger. Schiffahrtswerte waren bei behauptetem Kursstande vernachlässigt. Dagegen setzte sich die Aufwärtsbewegung am Montanmarkt, bei Farb- und Elektrizitätswerten erneut durch, so daß Besserungen von 3—6 Prozent einschließlich der Spezialwerte eintraten und Harpener und Mannesmann sogar 10 Prozent höher waren, wofür auch auf die starke Erhöhung der Kohlenpreise verwiesen wurde. Die höchsten Kurse konnten jedoch hier nicht ganz behauptet werden, und es traten im Verlaufe leichte Abbröckelungen ein. Heimische Rentenwerte waren im allgemeinen wenig verändert. Dreiprozentige Reichsanleihe notierte 8 Prozent höher, angeblich auf Käufe aus dem besetzten Gebiet. Oesterreichische Renten waren nahezu umsatzlos, ungarische Renten teilweise etwas schwächer. Das Ausland soll sich wiederum erheblich an den Käufen der deutschen Industriewerte beteiligt haben. Der Schluß befestigte sich die Haltung nahezu allgemein. Bei großem Geschäft stiegen Harpner bis 324, Lombarden 57¼, Phönix 320.

Produktenbericht. Am Hafermarkt hat das Angebot bedeutend nachgelassen, so daß sich die Preissteigerung wiederum fortsetzte. Hülsenfrüchte sind im Preise nur wenig verändert. Kleesaaten sind bei geringer Kauflust ruhiger. Die Besprechungen hiesiger und auswärtiger Kaufleute mit der Regierung wegen Regelung der Haferkontrakte haben zwar nicht zu dem Augenblicklichen beschleunigter Maßnahmen geführt, doch ist die Behörde mit dem beschäftigten Verbandsschiedsgericht einverstanden, dessen Schiedsordnung im Einvernehmen mit der Reichsgetreidestelle aufgestellt werden soll.

Haiernotierungen:

Berlin, 12. Jan. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark, loco ab Speicher frei Waggon 2900, loco ab Bahn 26,40—26,60 Mk. sofortige Abladung ab Ladestationen 2900—2650 Mk. Tendenz: ruhig.

Auszahlungen. Berlin, 12. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1926.00	1929.00	Oesterreich abgst.	29.20	21.80
Dänemark	926.75	928.25	Prag	77.60	77.70
Schweden	1084.25	1075.75	Ungarn	26.95	27.05
Norwegen	1009.25	1010.75	Spanien	974.25	975.75
Schweiz	906.75	908.25	Finnland	179.75	180.25
Oesterreich	27.95	28.05			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Erdöl	545.—
4½% Deutsche Schatzscheine IX	78.00	Deutsche Gasglühl.	90.00
5% Deutsche Reichsanl.	77.50	Deutsche Kali	289.75
4% „ „	64.50	Deutsche Waff. u. Mun.	292.50
4% „ „	50.10	Donnersmarkhütte	270.00
3 „ „	65.—	Düring u. Lehrmann	110.—
4 Preuss. Konsols	63.—	Dürkoppwerke	380.—
3½ „ „	56.75	Elberfelder Farben	339.75
3 „ „	51.80	Engelhard Brauerei	236.75
4 Charl. Stadtanl. 8909	93.60	Felten u. Guilleaume	278.—
4 Magdeb Stadtanl. 9106	—.—	Gasmotoren Deutz	436.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—.—	Gebhardt u. Co.	198.—
4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe	98.80	Gebhardt u. König	336.50
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100.00	Gelsenkirch. Bergb.	384.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Glanziger Zuckerfbr.	418.—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	418.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	25.50	Hann. Masch.	418.—
4 Ungar. Gold-Rente	65.—	Harpener Berg	320.00
4 Ungar. Kronen-Rente	33.60	Hasper Eisen	280.—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	—.—
Halberstadt-Blankenb.	74.—	Höchster Farbw.	303.50
Halle-Hettstedter	68.00	Hoesch Eisen u. Stahl	315.—
Schantungbahn	188.50	Hohenlohe-Werke	172.—
Allg. Lokal-Str	129.50	Humboldt-Masch.	167.—
Gr. Berl. Str.	123¼	Ilse-Bergbau	410.00
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	446.75
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—	Kaliw. Aschersleben	272.—
Orientbahn	429.25	Körbisd. Zucker-Akt.	231.—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	171.—
Hamburg. Paketfahrt	130.50	Lahmeyer u. Co.	150.—
Hamburg.-Südamerika	244.00	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—.—
Hansa-Dampfschiff	376.50	Lauchhammer	370.00
Nordd. Lloyd	144.00	Laurahütte	194.—
Banken:		Lingel. Erfurt	252.—
Bank für Thür.	137.25	Linke u. Hofmann	400.00
Berl. Handelsges.	196.25	Ludwig Loewe u. Co.	244.00
Comm u. Diskontobank	138.00	Lothringer Hütte	265.—
Darmstädter Bank	128.75	Mannesmannröhren	265.50
Dess. Landesbank	110.—	Maschinenfabr. Buckau	187.—
Deutsche Bank	274.00	Oberschl. Eisenb.-Bed.	170.75
Diskonto-Comm.	196.—	do. Caro Heg.	189.75
Dresdner Bank	157.00	do. Kokswerke	90.75
Credit-Anst. Leipzig	144⅞	Orenstein u. Koppel	249.50
Mitteld. Kreditbank	133.—	Phönix-Bergb.	307.75
Privat-Bank	—.—	Rhein. Metall-Verz.	—.—
Nationalbank	130.75	Rhein. Stahlwaren	240.—
Oesterr. Kredit	116.00	Riebeck. Montan	230.—
Reichsbank	144.50	Rombacher Hütten	243.00
Industrie-Aktien:		Rositzer Braunk.	221.00
Schultheiss-Brauerei	262.—	Rositzer Zucker	288.50
Akt. f. Anilin	273.75	Sangerhäuser Masch.	362.—
Allgem. Elektr.-Ges.	256.25	Hugo Schneider u. Co	302.—
Ammendorfer Papierf.	555.00	Schuckert u. Co.	163.25
Anhalter Kohlenw.	238.25	Siemens u. Halske	270.—
Annaberger Steingut	275.—	Stettiner Chamotte	250.00
Badische Anilin	446.—	Stettiner Vulkan	240.00
Bergmann-Elekt.-Akt.	214.75	Stollberger Zinkh.	255.—
Berl. Masch.-Bau	257.75	Strals. Spielkarten	—.—
Bismarckhütte	290.—	„Terra", Samen-A.-G.	250.—
Bochumer Gußstahl	2.9.75	Thale Eisenhütte	339.00
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Thüringer Gas	212.50
Chem. Grünau	251.50	Tietz	110.00
Chem. v. Heyden	3 0.00	Türkische Tabakregie	150.—
Consolidation Schalke	394.50	Ver. Kön.-Rottweiler	250.—
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—	Glanzstoff Elberf.	—.—
Daimler-Motoren	269.75	Wegelin u. Hübner	171.50
Deutsch-Luxemburg	238.50	Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Deutsche Uebersee-El.	741.50	Westeregeln-Alkali	372.—
		Wittener Gußstahl	346.—
		Wrede-Mälzerei	116.—
		Zeitzer Masch.	524.—
		Zellstoff Waldhof	358.—
		Otavi-Minen	227.50

Valuta

Januar	3	5	6	7	8	9
Kopenhagen	—.—	10.80	11.20	11.20	11.10	10.85
Stockholm	—.—	9.50	—.—	10.00	9.75	9.50
Zürich	—.—	11.40	11.00	11.40	11.00	11.10
Amsterdam	5.35	5.40	5.42½	5.35	5.22½	5.20
Wien	380.00	385.00	—.—	385.00	407.00	407.00

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Hartung; für den übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Geilhofer.
Anzeigenleitung: Paul Gerken; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001131-13/fragment/page=0004